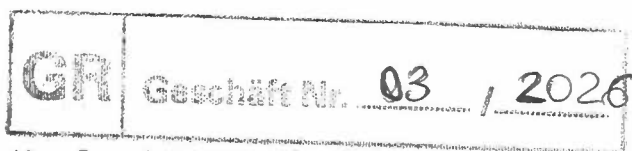


Eingegangen am

2 - Feb. 2026

Sekretariat Gemeinderat



Herr Gemeinderatspräsident

Christian Meyer

Ratssekretariat / Stadtverwaltung

8600 Dübendorf

2.2.2026

SCHRIFTLICHE ANFRAGE ZUR STRATEGIE GEGEN HÄUSLICHE GEWALT IN DÜBENDORF (PRÄVENTION, SENSIBILISIERUNG, UNTERSTÜTZUNG)

Häusliche Gewalt ist keine Privatsache, sondern ein gravierendes Sicherheitsproblem, deren Bekämpfung uns alle etwas angeht. Im Jahr 2024 wurden schweizweit 21'127 Straftaten im Bereich häuslicher Gewalt registriert.

Der Bund hat am 1. November 2025 eine mehrjährige nationale Präventionskampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt lanciert. Im Kanton Zürich ist seit dem 1. November 2025 eine zentrale 24/7-Telefonnummer für Gewaltbetroffene unter 044 455 2 142 in Betrieb und die schweizweite Kurznummer 142 ist auf den 1. Mai 2026 angekündigt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Dübendorf die Prävention, die Früherkennung sowie den niederschweligen Zugang zu Hilfe koordiniert, kommuniziert und weiterentwickelt.

In diesem Rahmen bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgende Fragen:

1. Wie ist das Thema häusliche Gewalt in der Stadtverwaltung verankert und wie wird die Zusammenarbeit zwischen Bereichen wie Soziales, Sicherheit/Polizei, Schule/Jugend und weiteren städtischen Kontaktstellen koordiniert?
2. Welche konkreten Präventions-, Informations- und Unterstützungsangebote bestehen heute in Dübendorf (inkl. allfälliger Kooperationen mit Fachstellen), und wo sieht der Stadtrat den grössten Handlungsbedarf?
3. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat, damit Betroffene und ihr Umfeld die richtigen Anlaufstellen kennen – insbesondere das kantonale 24/7-Telefon und ab Inbetriebnahme die nationale Nummer 142 – und damit auch die Abgrenzung zu 117 bei akuten Notfällen klar ist?
4. Welche städtischen Kanäle und Orte nutzt der Stadtrat für Sensibilisierung und Information und ist eine mehrsprachige, diskrete Kommunikation vorgesehen?
5. Wie kooperiert der Stadtrat mit lokalen Akteuren (z.B. Ärzt:innen/Apotheken, Vereine, lokale Geschäfte), um Hinweise auf Hilfsangebote im Alltag und im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und inwiefern erwägt er den Ausbau einer solchen Zusammenarbeit ?

6. Gibt es für städtische Mitarbeitende mit direktem Bevölkerungskontakt verbindliche interne Abläufe/Leitfäden sowie Schulungen zum Umgang mit Verdachtsfällen oder Meldungen, und sind in diesem Bereich Anpassungen geplant?
7. Plant der Stadtrat, sich an der nationalen Präventionskampagne zu beteiligen und falls ja: mit welchen Schwerpunkten und welchen Ressourcen?

Besten Dank für die sorgfältige Beantwortung unserer Fragen.



Leandra Columberg
Gemeinderätin SP



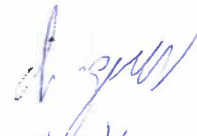
David Jems



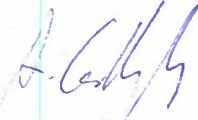
Sofia van Moosel



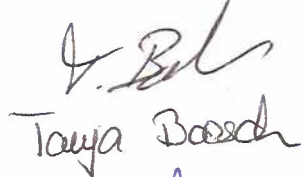
Roland Wüest



Christian Gross



ANDRÉ CSILLAGHY



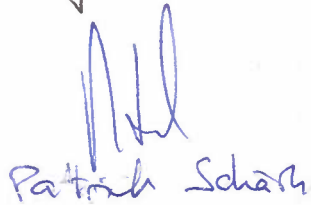
Tanya Borsch



Marco Lang



Anna Newec



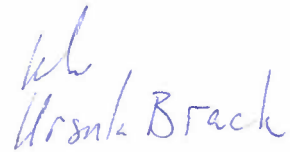
Patrick Schär



Remo Stadler



Urs Menet



Ursula Brack




Andrea Brühlmann



Helene Boss Brühwiler



Erika Attyger



Anjelika Kuro Mikolajek